

Nr. 18/384 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gutes und gesundes Essen an den Schulen und an den Kindertagesstätten in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. November 2013
(Drucksache [18/408 S](#))
2. Stadtteilbudget
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/481 S](#))

Nr. 18/385 S

Folgende Vorlagen wurden von den jeweiligen Antragsstellern zurückgezogen:

1. Hilfe- und Beratungsangebote für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender sicherstellen – bedarfsdeckende Finanzierung des Rat & Tat Zentrums für Schwule und Lesben e. V. gewährleisten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Juni 2013
(Drucksache [18/347 S](#))
2. Keine weitere Missachtung des Beirätegesetzes!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2013
(Drucksache [18/343 S](#))
3. Schaffung eines Arbeitskreises für den Fahrradweg an der Brokhuchtinger Landstraße
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/407 S](#))

Nr. 18/386 S

Fragestunde

1. Transparente Stundenabrechnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheit Nord Dienstleistungen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2013
2. Welche Folgen hat die Missachtung des Betriebsverfassungsgesetzes?
Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 13. November 2013

3. Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt unterstützen – Zukunft der Kompetenz-agenturen
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. November 2013
4. Beförderung von Mehrfachkinderwagen und Krippenwagen durch die BSAG
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. November 2013
5. Planungen für einen Krippen-Neubau im Holter Feld
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 21. November 2013
6. Sicherstellung der Ferienbetreuung für Hortkinder in Tenever
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Claas Rohmeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. November 2013
7. Bürgerschaftsbeschluss zur Weiterentwicklung der Schulkinderbetreuung
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. November 2013

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/387 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 18/388 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 10. Dezember 2013

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 161. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Vegesack für das Grundstück Vegesacker Bahnhofsvorplatz 1A – 2A (Flurstücke 411/3, 717, Vegesack Flur 3)
Mitteilung des Senats vom 12. November 2013
(Drucksache [18/418 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

2. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 Burglesum – Gesundheitspark Peenemünder Straße
Mitteilung des Senats vom 12. November 2013
(Drucksache [18/419 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 46. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

3. Bebauungsplan 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum An der Peenemünder Straße zwischen
 - BAB A 270
 - Petersenweg
 - Vereinigte Anstalten Friedehorst
 - Freesenkamp
 - Rotdornallee

Mitteilung des Senats vom 12. November 2013
(Drucksache [18/420 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1209.

4. Bebauungsplan 2431 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg
Mitteilung des Senats vom 19. November 2013
(Drucksache [18/453 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2431.

5. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen
Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete
Susanne Grob i e n

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Elisabeth Motschmann zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Musikschule Bremen.

6. Keine weitere Missachtung des Beirätegesetzes!
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte vom 20. November 2013
(Drucksache [18/454 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte Kenntnis.

7. 19. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 26. November 2013
(Drucksache [18/472 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 18/389 S

Erfahrungen mit dem „Kulturticket Bremen“

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. Juli 2013
(Drucksache [18/361 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. August 2013

(Drucksache [18/369 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/390 S

Perspektiven für die freie Kulturszene sichern

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. August 2013
(Drucksache [18/365 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. September 2013

(Drucksache [18/383 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/391 S

Auswirkungen der Kohlekraftwerke auf die Gesundheit der Bremer Bevölkerung

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. August 2013
(Drucksache [18/371 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. September 2013

(Drucksache [18/388 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/392 S

Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandels fördern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. August 2013
(Drucksache [18/372 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft sieht, trotz erheblicher Angebotsausweitungen im Umland, veränderter Kundenerwartungen und zunehmender Internetkonkurrenz, für den Einzelhandel in Bremen gute Zukunftschancen und spricht sich dafür aus, die notwendigen Innovationsprozesse zu unterstützen.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, das Konzept „Bremer Innenstadt 2020“ um die Komponente einzelhandelsbezogener Wirtschaftsförderung zu ergänzen. Die Förderung soll
 - a) die Innovationskraft des Einzelhandels stärken,
 - b) seine Multichannelfähigkeit erhöhen,
 - c) Akquisition und Umsetzung relevanter und erfolgreicher Einzelhandelskonzepte erleichtern,
 - d) Kooperationen mit Industrie und Wissenschaft sowie daraus resultierende Spin offs (Ausgründungen) unterstützen,
 - e) die Erprobung, Gründung und Finanzierung innovativer Einzelhandelskonzepte absichern und
 - f) die Potentiale der regionalen Anbieter mit ihren Produkten, Besonderheiten und gegebenenfalls Qualitätssiegeln für ein innovatives Standortmarketing nutzen.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, geeignete Instrumente für die skizzierte Einzelhandelsförderung zu entwickeln und in die Programmfortschreibung der Wirtschaftsförderung zu integrieren. Standortbezogene, branchenbezogene wie branchenübergreifende Kooperationen sind dabei zu berücksichtigen.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung einen Zwischenbericht über die Umsetzung der Beschlüsse vorzulegen.

Nr. 18/393 S

GEWOBA Gewinnabführung senken – Haushaltstransparenz herstellen – Mittel für sozialen Wohnungsbau und Quartiersentwicklung freisetzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. September 2013
(Drucksache [18/379 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/394 S

Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter vollständig übernehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 23. September 2013

(Neufassung der Drs. 18/390 S vom 17. September 2013)

(Drucksache [18/394 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bildung.

Nr. 18/395 S

Bremer Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung: Betroffene zu Beteiligten machen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. September 2013

(Drucksache [18/393 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis Anfang 2014 einen Erfahrungsaustausch der in Bremen in den letzten Jahren durchgeführten Bürgerbeteiligungen aller Ressorts zu organisieren. Dies soll in einem internen ressortübergreifenden Werkstattgespräch erfolgen, die Ergebnisse sollen öffentlich vorgestellt und diskutiert werden.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, unter Einbezug der Beiräte und Bürgerinnen und Bürger und aller Ressorts, bis Anfang 2015 einen „Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung“ zu entwerfen, der folgende Aspekte berücksichtigen soll:
 - a) wie ein Leitbild für Bremer Bürgerbeteiligung aussehen kann, das die frühzeitige Beteiligung über die gesetzlich geregelten Formen hinaus in seinen verschiedenen Möglichkeiten und Grenzen beschreibt.
 - b) wie bei Planungsvorhaben regelmäßig geprüft werden kann, ob eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stattfinden kann und nach welchen Kriterien entschieden wird, ob und in welcher Form eine Beteiligung stattfinden soll.
 - c) wie Zuständigkeiten, Kostenbedarf und Kostenübernahmen bei Beteiligungsprozessen geklärt werden können.
 - d) wie die Planung von Beteiligungsprozessen systematisiert werden kann, sodass Zielsetzung, Zielgruppen, die Einbindung in Entscheidungsprozesse sowie eine anschließende Qualitätsprüfung von Anfang an dargestellt werden.
 - e) wie Bevölkerungsgruppen erreicht werden können, die bisher wenig vertraut mit der Teilhabe an verwaltungs-/politischen Prozessen sind, und wie Bürger und Bürgerinnen und Bürgergruppen unterstützt werden können, an Beteiligungsprojekten mitzuwirken.
 - f) wie die Ergebnisse aus den Beteiligungsverfahren transparent dargestellt, wie Informations- und Berichtspflichten, z. B. gegenüber zuständigen Deputationen oder Ausschüssen, gewährleistet und wie der weitere Umgang mit den Ergebnissen öffentlich dargestellt werden kann.
 - g) wie ein Konzept zur Schulung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung entwickelt werden und aussehen kann.
 - h) wie die regelmäßige öffentliche Evaluation und Weiterentwicklung des „Entwicklungsplans Bürgerbeteiligung“ gesichert wird.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, über den Fortgang dieses Prozesses regelmäßig dem „Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte“ zu berichten.

Nr. 18/396 S

Sicherheit und Attraktivität der „Disco-Meile“ verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/385 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Organisation einer Kooperation der vorhandenen Gastronomen zu unterstützen, sei es als eine freiwillige Kooperation oder als ein Gastronomie-BID;
2. aus Sicherheitsgründen ein Glasflaschenverbot für die „Disco-Meile“ und gegebenenfalls eine sinnvolle räumliche und zeitliche Abgrenzung zu prüfen;
3. diese Aspekte in die bestehende Planung zu integrieren;
4. der Stadtbürgerschaft im ersten Quartal 2014 zu berichten.

Nr. 18/397 S

Bahnhofsumfeld im Umbruch

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/386 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. ein Konzept für die Umbauphase zu entwickeln, das die bestehenden Nutzungen im Bereich des Bahnhofsvorplatzes und die Erreichbarkeit und Erkennbarkeit der umliegenden Bereiche berücksichtigt.
2. ein Konzept für zukünftige Nutzungen des Bahnhofsvorplatzes zu entwickeln. Dabei sind Alternativen für eine städtebauliche Weiterentwicklung und eine landschaftsarchitektonische Aufwertung des vorhandenen Rasenplatzes mit höherer Aufenthaltsqualität vor dem Überseemuseum sowie Regeln für temporäre Nutzungen des Bahnhofsvorplatzes zu erarbeiten. Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität könnten mehr standortadäquate Pflanzen Verwendung finden.
3. ein planerisches Konzept für die Fußwege- und Fahrradbindung des Hauptbahnhofs in Richtung Innenstadt, aber auch in Richtung Schwachhausen, Walle und Findorff sowie zum ehemaligen Güterbahnhof zu entwickeln. Die angrenzenden Verkehrsbeziehungen sind hierbei bedarfsgerecht und städtebaulich sinnvoll einzupassen sowie das Auto- und Fahrradparken in der Bahnhofsvorstadt neu zu strukturieren.
4. eine bessere Radweganbindung der Radstation zu ermöglichen und mehr bahnhofsnahe Fahrradparkplätze zu schaffen.
5. den Beirat Mitte sowie betroffene Institutionen und Gruppen, wie z. B. die Seniorenvertretung Bremen oder den ADFC, frühzeitig zu beteiligen.
6. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie ein halbes Jahr nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Nr. 18/398 S

Kriminalpräventionsarbeit in Bremer Stadtteilen ausbauen – Sicherheitspartnerschaften fördern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/391 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unter Beteiligung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter sowie weiteren maßgeblichen Institutionen des jeweiligen Stadtteils die Gründung von Präventionsgremien in allen Bremer Stadtteilen zu initiieren bzw. sie, falls notwendig, dahingehend weiterzuentwickeln, dass
 - a) der spezifisch auf den Stadtteil bezogene Bedarf im Hinblick auf den Schutz vor Kriminalität in Bezug auf Kinder und Jugendliche, Familien, Frauen, Migranten und Migrantinnen, ältere Menschen und den Einzelhandel ermittelt wird,
 - b) Präventionsmaßnahmen, Beratungsangebote, Zuständigkeiten und Ansprechpartnersysteme verbessert werden,
 - c) im Städtebau sogenannte Angsträume ermittelt, Beleuchtungskonzepte überprüft werden und – auch im Zusammenwirken mit Vermietern größerer Wohnanlagen – der Einbruchsschutz im Stadtteil im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft verbessert wird,
 - d) Kommunikationsinstrumente zum Thema Sicherheit im Stadtteil festgelegt werden.
2. unter Einbeziehung der Beiräte und Initiativen aus den Stadtteilen einen mindestens jährlichen Austausch und Vernetzung der unterschiedlichen Projekte in den verschiedenen Stadtteilen sicherzustellen.
3. der städtischen Deputation für Inneres und Sport und dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Beiräte und bürgerschaftliches Engagement bis Ende des Jahres 2014 zu berichten.

Nr. 18/399 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 23 vom 4. Dezember 2013

(Drucksache [18/482 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/400 S

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Dr. Oguzhan Yazici

anstelle von Frau Tamina Kreyenhop zum Mitglied und

Frau Tamina Kreyenhop

anstelle des Abgeordneten Claas Rohmeyer zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Nr. 18/401 S

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Carsten Werner

anstelle der Abgeordneten Linda Neddermann zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Nr. 18/402 S

Bremen blüht auf – Obstbäume auch auf öffentlichen Flächen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. September 2013
(Drucksache [18/396 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. öffentliche Flächen innerhalb des bebauten Stadtgebietes zu benennen, die potenziell für eine Bepflanzung mit heimischen Obstbäumen geeignet sind,
2. unter Einbeziehung des Umweltbetriebs und des betreffenden Beirats einen Vorschlag für ein Pilotprojekt zu unterbreiten,
3. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie binnen eines Jahres zu berichten.

Nr. 18/403 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsetzung der „Joboffensive“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. September 2013
(Drucksache [18/397 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/404 S](#))
2. Gleiches Recht für alle Kinder – Kindertagespflege in Bremen gleichwertig gestalten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. Oktober 2013
(Drucksache [18/399 S](#))
3. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 22
Petitionen S 18/126 und S 18/141
vom 6. November 2013
(Drucksache [18/413 S](#))
4. Tanklager Farge stilllegen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. November 2013
(Drucksache [18/414 S](#))
5. Einzelhandel in der Bremer Innenstadt stärken
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. November 2013
(Drucksache [18/411 S](#))
6. Arbeitsfähigkeit der Begegnungsstätten in Bremen sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. November 2013
(Drucksache [18/412 S](#))
7. Zukunft der kommunalen Kliniken sichern – durch einen nachhaltigen Sanierungsplan und zielgerichtete Investitionen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. November 2013
(Drucksache [18/416 S](#))

8. Alle Kinder mitnehmen: sozialraumorientierter Ausbau der U3-Betreuung
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. November 2013
(Drucksache [18/421 S](#))

9. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen – U3-Ausbau in Bremen vorantreiben!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2013
(Drucksache [18/485 S](#))

10. Bahnhofsvorplatz: Kein Bauzaun ohne Bau – keine künstliche Nachfrage durch öffentliche Mietzusagen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/476 S](#))

